

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 28 (2008)
Heft: 54

Artikel: Energiewende oder technokratische Politik? : Die Grünen in der Schweiz stehen vor strategischen Entscheidungen
Autor: Glättli, Balthasar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651977>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Energiewende oder technokratische Politik?

Die Grünen in der Schweiz stehen vor strategischen Entscheidungen

Die Aktualität von Energie-, Klima- und Ressourcenfragen ist für die Grünen auch eine spezifische Herausforderung. Ökologie und Nachhaltigkeit haben zumindest in den Wahlversprechen fast aller Parteien einen festen Platz. Was ist der spezifische Beitrag der Grünen? In diesem Artikel wird versucht, die politische Dimension der Umweltfrage zu konkretisieren. Wer die Umweltfrage tiefenökologisch als Frage nach dem eigenen Recht und Wert der Natur thematisiert oder bloss Generationengerechtigkeit fordert, blendet diese politische Dimension aus. Problematisch ist nicht nur die Verwässerung des Begriffs „Nachhaltigkeit“. Auch die offizielle Definition von „Nachhaltigkeit“ als intergenerative ökologische Gerechtigkeit¹, die am Anfang ihres Erfolgswegs stand, muss hinterfragt werden. Denn es ist genau diese „konzeptuelle Indifferenz gegenüber Macht- und Verteilungsfragen, die der Brundtland-Formel den Weg in Regierungskanzleien und Vorstandsetagen geebnet hat“ (Sachs / Santarius 2005, 39). Sollte es den Grünen nicht gelingen, dies kritisch zu thematisieren respektive die „Energiewende“ auch als Chance und Hebel für eine gerechtere und gleichzeitig freiere Gesellschaft wahrzunehmen, dann braucht es nach meiner Überzeugung die Partei nicht mehr zwingend als eigenständige politische Kraft. Sie verlöre ihre spezifische politische Legitimität.

Nachhaltigkeit ohne Gesellschaftskritik?

Seitdem ständig steigende Rohstoffpreise Thema der täglichen Nachrichten sind, wird wieder öfter auf die Erdölkrise der 70er Jahre verwiesen. Wer allerdings die heutige Debatte verfolgt und dabei den ExponentInnen der Grünen zuhört, gewinnt oft den Eindruck, dass der Umweltschutz weniger ein politisches als vielmehr ein rein technisches Problem sei. Ein positiver Bezug auf marktwirtschaftliche Steuerungsinstrumente wird stillschweigend vorausgesetzt, und mit ihrer konsequenten Anwendung glaubt man auch die Umweltprobleme lösen zu können. Klimawandel, Rohstoffkrise und unsichere Energiezukunft werden nicht etwa als eminent politische und gesellschaftliche Herausforderungen im Zusammenhang mit einer systemischen Krise der kapitalistischen Produktionsweise begriffen, sondern als Problem der Wissenschaft und des Managements. In auffallendem Kontrast dazu steht die Orientierung der Analysen und Diskurse, welche zum Zeitpunkt der Wachstumsdebatte und Erdölkrise der 70er Jahre erschienen sind (Traube 1985; Gorz 1977, 1980). Nach der Erdölkrise der 70er Jahre paarte sich die Kritik an der Wachstumsgesellschaft

und der Industrialisierung mit der Frage nach einer alternativen Gesellschaftsgestaltung, Fortschrittskritik mit einem humanistisch-emanzipatorischen Menschenbild (Fromm 2005).

Paradoxe Weise hatten zu Zeiten des Systemgegensatzes im Kalten Krieg selbst ökologisch Engagierte mit bürgerlichem Hintergrund keine Mühe, sich wachstumskritisch zu äussern (Forster 1974) und letztlich die Frage nach dem guten Leben im aristotelischen Sinn zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen zu machen – und eben nicht das Bekenntnis zu Kapitalismus und Markt. Zu Beginn seiner Entstehungsgeschichte der Schweizer Grünen stellte der Mitgründer Laurent Rebeaud denn auch die Aussage: „Was kümmert mich das Bruttosozialprodukt?!“ (Rebeaud 1987, 10) Heute hingegen ist selbst bei sich links definierenden Grünen, für die Themenbereiche wie Sozial- oder Arbeitsmarktpolitik keine fremden Sachbereiche sind, im Gefolge des Hypes um den Klimaschutz wenig Affinität weder zu einer wertkonservativen Argumentation, noch zu politischer Ökonomie im eher klassischen Sinn oder gar zu einer politischen Ökologie festzustellen. Allenfalls werden Kompetenzen im Bereich der politischen Ökonomie bei wirtschafts- und finanzpolitischen Fragestellungen erarbeitet – eine Verknüpfung mit Perspektiven einer umfassenden und kohärenten Ökologie-Politik findet jedoch kaum statt.

Sollen die Grünen von heute also „Nachhaltigkeit“ als wesentlich technokratisches Konzept hinnehmen und als Kern ihres Programms verstehen? Oder sollten sich die Grünen nicht ganz spezifisch der Aufgabe widmen, dezidiert politische Fragen zu formulieren und zu debattieren? Ich plädiere für Letzteres und in der Folge für eine Neubestimmung der politischen Ökologie. Dass dies keinesfalls immer mit geläufigen „linken“ Positionen zusammenfallen und damit eine Stärkung des traditionellen Staatsinterventionismus zur Folge haben muss, wird sich zeigen. Umgekehrt bleibt die Frage, ob eine systemimmanent gedachte „ökologische Marktwirtschaft“ unter dem Leitstern einer technokratisch verstandenen Nachhaltigkeit jene politische Kraft des Wandels freisetzen kann, welche angesichts der heutigen dramatischen Problemlage erforderlich ist. Und wie es gelingen kann, auch die durch die Umweltkrise bedingten Chancen gesellschaftlicher und weltpolitischer Veränderungen freizulegen.

Reale Grenzen marktwirtschaftlicher Instrumente

Der Gemeinplatz, dass es keinen „natürlichen Markt“ gibt, sondern jeder Markt erst ein Produkt ist von staatlich, überstaatlich oder gesellschaftlich gesetzten Rahmenbedingungen, wird oft verdrängt. Stattdessen wird heute, am „Ende der Geschichte“, der Markt und das ökonomistische Menschenbild oft auch von PolitikerInnen der Linken und Grünen als unveränderliche Gegebenheit betrachtet. Dass es wohl die gleichen wirtschaftlichen Verwerfungen waren, die im Zusammenhang mit der ersten

grossen Rohstoffkrise der 70er Jahre zur breiten Akzeptanz des Umweltschutzes und zur Debatte über die Grenzen des Wachstums führten, welche zugleich direkt zum Abschied von keynesianischen Positionen und zum politischen Höhenflug der neoliberalen absoluten Marktgläubigkeit beigetragen haben (Engartner / Kuring / Teubl 2006, 11ff.), erscheint fast als Ironie der Geschichte.

Bei den Schweizer Grünen wurden, nicht zuletzt massgeblich mit angestossen von Neuzuzüglern aus deren sich auflösenden neuen Linken, Anfang der 90er Konzepte marktwirtschaftlicher Instrumente salonfähig. Sie sollten effektiver zu einer grundsätzlichen Umgestaltung unserer Gesellschaft in Richtung Umweltschutz beitragen und gleichzeitig die soziale Frage besser in die Grüne Politik integrieren als die bisherige auf den Umweltbereich fokussierte Gebots- und Verbotspolitik. Konkretester Ausfluss dieser neuen Haltung war die Lancierung der eidgenössischen Volksinitiative „Energie statt Arbeit besteuern“ als allererster Volksinitiative der Grünen (im Tandem mit der Initiative „Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann“). Seither gehört nicht nur die grundsätzliche Tauglichkeit, sondern vermutlich für eine grosse Mehrheit der Grünen auch die Bevorzugung marktwirtschaftlicher vor anderen politischen Instrumenten zum politischen Grundverständnis.

Lenkungsinstrumente wirken auf Investitionsentscheide

Der Preis als wesentlichstes Element marktwirtschaftlicher Umweltschutzmassnahmen wirkt selbstverständlich nicht in jeder Situation gleich stark lenkend. Beispiel für einen Misserfolg ist die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe. Vor zehn Jahren trug der Sozialdemokrat Peter Bodenmann noch optimistisch vor, dass die LSVA faktisch bei 2.5 Rp./Tonnenkilometer einem Dieselpreis von 5 Mark entspreche und damit die (von einer Welle der Empörung begleitete) Forderung der deutschen Grünen im damaligen Wahlkampf nach einen Benzinpreis von 5 Mark in der Schweiz umgesetzt worden sei (Bodenmann 1998). Unterdessen hat sich allerdings gezeigt, dass die LSVA zwar wesentlich als Finanzierungs-, aber kaum als Lenkungsinstrument dient. Hier ist es also auch im Investitionsbereich kaum gelungen, einen langfristigen Lenkungseffekt zu erzielen.

Hingegen haben klare Investitionsanreize wie eine langfristig garantierte Einspeisevergütung beispielsweise die Solarindustrie Deutschlands massiv angekurbelt. Und die wirtschaftliche Attraktivität der ungedeckelten Förderung ist unterdessen so stark, dass in Deutschland die Nachfrage nach Solarmodulen nicht mehr aus eigener Produktion befriedigt werden kann. Es ist klar: Die politische Lenkung über den Preis ist kein Wundermittel. Die Wirksamkeit muss immer im Einzelfall aufgrund der Rahmenbedingungen abgeschätzt werden. Weit grösseren Einfluss haben offenbar Subventionen oder subventionsähnliche direkte Investitionsanreize. Zudem

sind, wie später auszuführen ist, die politisch durchsetzbaren Anreize, wie die letzten Monate gezeigt haben, praktisch vernachlässigbar gegenüber den möglichen realen Preisschwankungen.

Grenzen des Green Consumerism

Als Ergänzung zum lenkenden Preis als Gestaltungsmittel einer ökologischeren Marktwirtschaft wird oft auch das „bewusste Konsumieren“ propagiert. Doch auch wenn Labels Informationen zur ökologischen und sozialen Qualität greifbar machen, ist der Bedarf zu wählen nicht zwingend gegeben. Gerade im Energiebereich zeigt sich das exemplarisch. Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) hatte schon seit Jahren seine Werbung zentral auf Ökostrom ausgerichtet. Der Effekt war minimal. Erst der im Rahmen der Tarifrevision getroffene politische Entscheid, den Standardmix, also die Mischung des Stroms, die ungefragt geliefert wird, deutlich zu ökologisieren, kurbelte die Nachfrage nach Ökostrom an. Nicht der Markt und ökologisch bewusste KonsumentInnen, sondern eine politische Antwort auf eine offensichtliche „Marktunlust“ hat also die ökologische Nachfrage eingeleitet. Der in anderem Zusammenhang als „fairer Handel“ propagierte Lösungsansatz der aufgeklärten KonsumentInnen scheint zumindest im Energiebereich kaum ein wichtiger Einflussfaktor zu sein.

Zudem gilt es im Zusammenhang mit dem Konzept der „grünen KonsumentInnen“ auch zu beachten, dass soziale und ökonomische Rahmenbedingungen nicht einfach ausgeblendet werden dürfen. So entscheiden beispielsweise die BewohnerInnen einer Mietwohnung in der Schweiz weder über die Anschaffung des Kühlschranks oder die Art der Heizung, noch über allfällige energetische Sanierungen.

Ein letztes und pragmatisches Argument gegen Verbotslösungen könnte allenfalls darin bestehen, dass diese sich politisch schwierig durchsetzen lassen. Marktwirtschaftliche Instrumente bedürfen allerdings zu ihrer Einführung genauso politischer Mehrheiten. Die Vergangenheit hat leider gezeigt, dass sich diese nicht signifikant häufiger finden lassen als für dirigistische Massnahmen. Das Bekenntnis bürgerlicher Parteien zu marktwirtschaftlichen Elementen des Umweltschutzes hält erfahrungsgemäss nur so lange, wie sie damit ihre Ablehnung dirigistischer Alternativen meinen begründen zu können. Danach plädieren sie meist für freiwillige Branchenvereinbarungen – als kraftlose und tendenziell kartellistische Alternativen zu griffigen marktwirtschaftlichen Anreizen, welche Umweltoptimierungen tatsächlich zum Konkurrenzfaktor machen.

Exkurs: Knappheitsangst entlarvt Märktapologeten

Paradox wird das Loblied auf die Selbstregulierungskraft des Marktes spätestens dann, wenn wir die Reaktion von Politik und Wirtschaft be-

obachten im Falle, dass der Markt tatsächlich klare Preissignale gibt. Panik verbreiten heute nicht ökologische Experten, sondern seriöse Wirtschaftsakteure und Ökonomen warnen vor dem Peak Oil und den Auswirkungen der Preissteigerung dieses zentralen Rohstoffs. Eine drohende Rezession wird an die Wand gemalt und zu deren Verhinderung werden gar staatliche Interventionen zur Senkung des Ölpreises erwogen. Unabhängig davon, dass die aktuellen hohen Ölpreise vermutlich direkt wenig mit Peak Oil zu tun haben, zeigt dies doch, dass das Vertrauen der Wirtschaft in den Markt als Mittel zur optimalen Allokation knapper Güter offensichtlich ein sehr beschränktes ist (Levitt / Dubner 2006, 268ff).

Die Apologeten staatlicher Preissignale verpassen es umgekehrt heute, ihre Botschaft auf einen sinnvollen Punkt zu bringen. Sollten sich ihre Szenarien zunehmender Rohstoffknappheiten – wie ich auch glaube – als zutreffend erweisen, wird der Markt Preissignale aussenden, welche alle heute diskutierten politischen Preisbewegungen wird vergessen lassen. Politisch relevant ist darum kaum die direkte Lenkung der Nachfrage über Preisauflschläge. Faktisch muss es primär darum gehen, durch eine rechtzeitige Vorwegnahme der Preissteigerung jene Beträge zu generieren, welche die Kosten des Umbaus in Richtung Zukunftstechnologien decken können. So kann verhindert werden, dass die ganze Knappheitsrendite in die Erdölländer abfließt.

Konzept einer politischen Ökologie

Wie die bisherigen Ausführungen bereits zeigen, ist blinder Glaube an Marktinstrumente zur Lösung der ökologischen Krise nicht angebracht. Und die Leitfrage, wieweit die Einführung einer „ökologischen Marktwirtschaft“ zu einer adäquaten Antwort auf die aktuelle Umweltkrise und ihre Überwindung beitragen kann, muss weiterdiskutiert werden. Hier sollen vorab drei mögliche Ziele einer politischen Ökologie formuliert werden. Wenn ich hier von *politischer* Ökologie spreche, dann ist damit das Primärinteresse und die Orientierung am Menschen betont, an der Gesellschaft und an deren politisch gerechter Ausgestaltung (vgl. auch Latour 2001). Auf dem Spiel stehen weder das Überleben der „Natur“ noch dasjenige der Species Homo sapiens sapiens, sondern der kontinuierliche Einsatz für eine Gesellschaft, die auch für Menschen lebenswert und zukunftsfähig ist und die sich nicht ihrer eigenen natürlichen Grundlagen beraubt.

Ziel 1: Freiheit statt Wissenschaftsgläubigkeit

Eine Verwandlung unserer Demokratien in Ökodiktaturen, eine seit den 70er Jahren geläufige bürgerlich inszenierte Drohkulisse, ist kein Thema. Hingegen muss heute aus meiner Sicht die Einflussmacht einer staatlich untermauerten Expertokratie eingedämmt werden. Es gilt heute, nicht nur die durch Grosstechnologien gesetzten Sachzwänge möglichst zu überwin-

den, sondern ebenso die Rolle der „Wissenschaft“ als Ersatzreligion unserer Zeit kritisch zu hinterfragen. Wenn Grüne mit der „Natur“ argumentieren, verfallen sie letztlich immer wieder einer Wissenschaftsgläubigkeit. Sie bleiben einem überkommenen dichotomischen Verhältnis von Natur und Gesellschaft/Politik verhaftet und halten die „Wissenschaft“ für die Stimme der „Natur“ – was dazu führt, dass mit Hilfe der „Natur“ die Politik ausgeblendet wird (Latour 2001). Ziel einer politischen Ökologie muss stattdessen sein, die Wissenschaften (in ihrer Vielzahl und Divergenz) politisch als Werkzeuge zu nutzen, um neue Lebens- und Freiheitsräume zu schaffen.

Ziel 2: Mitbestimmung statt Mehr-Konsum

Die aktuelle Vorstellung von Wohlstand ist insbesondere in den Industrieländern zentral verknüpft mit hohem Konsum. Natürlich verstehen Grüne Freiheit anders als einfach ein Problem der Auswahl zwischen zwei Dutzend verschiedenen Rasierwassern. Das Konzept, durch Wachstum und Rationalisierung die Massenkaukraft zu stärken und damit wiederum das Wachstum anzukurbeln, hat sich als Teufelskreis erwiesen. Wir müssen unsere Produktivwirtschaft so umgestalten, dass nicht weiterhin im angeblich gleichgerichteten Interesse der Lohn-Arbeitsbeschaffung und der Kapitalakkumulation die Produktion des Überflusses ausgedehnt und damit der Kreislauf des Überkonsums weiter angekurbelt wird.

Solange gewerkschaftliche Sozialpolitik aber darauf fokussiert, die Lohnarbeit um jeden Preis zu verteidigen, so lange bleibt sie unfähig, neue Räume der Freiheit ausserhalb des Mehr-Konsums zum Beispiel durch radikale Arbeitszeitverkürzungen zu erschliessen. Umgekehrt ergibt sich die Chance, den Druck auf den seriellen Konsum als kompensatorische Ersatzhandlung verkleinern zu können, gerade dann, wenn durch die verstärkte Demokratisierung der Arbeitswelt eben ein Moment der Befreiung aus der Entfremdung heraus und damit der Weg zur autonomen Gestaltung auch der Arbeit möglich wird.

Ziel 3: Globale Ressourcengerechtigkeit statt Rohstoff-Kriege

Last but not least hat die Energie- und Rohstoffkrise eine eminent globale und friedenspolitische Dimension. Einerseits gilt es, den egalitären Anspruch von Menschen aller Kulturkreise auf gleichen Ressourcen-Verbrauch anzuerkennen. Und andererseits gilt es, gerade aus einer friedenspolitischen Perspektive heraus den eigenen Ressourcenverbrauch massiv zu verringern. Denn schon heute importieren wir mit den bei uns verkauften Produkten nicht nur „graue Energie“, sondern auch „graues Blut“, das an den zur Produktion benötigten Rohstoffen klebt.

Strategien der Grünen

Wie stellen sich die Grünen zu diesen formulierten Zielen? In der aktuellen Debatte um die sogenannte „Energiewende“ dominiert bei den Grünen der

technokratische Diskurs. Im aktuellen Strategie-Papier zur Energiepolitik (Braunwalder / Piller / Behrens 2005) kommt beispielsweise das Wort Suffizienz nur ein einziges Mal in einer Klammer vor. Auf das Konzept der 2000-Watt-Gesellschaft wird zwar auch mit dem Stichwort „Reduktion“ Bezug genommen, den breiten Raum nehmen aber wissenschaftliche Ausführung zu Effizienzsteigerung und Ausbau der Erneuerbaren Energien als Mittel zur Erreichung der beiden Zielperspektiven „Strom ohne Atom“ und „Energieversorgung ohne CO₂“ ein.

Ich halte dagegen, dass die Grünen ihre spezifische Rolle, die sie vom entmündigenden Diskurs der technokratischen „Wissenschaft“ befreit, nur finden können, wenn sie die Frage der „Energiewende“ nicht isoliert, sondern vernetzt mit anderen Politikbereichen bearbeiten.

Demokratisierung der Produktion hat ökologisches Potential

Ausgehend von der Erfahrung, dass Verantwortung nur in einem Raum der Übersichtlichkeit wahrgenommen werden kann, gewinnt die Verschränkung gewerkschaftlicher Anliegen mit ökologischen Postulaten neue Aktualität. Die gewerkschaftliche Politik muss dabei ihre einseitige Fixierung auf den Akteur Staat (was ja heute irrigerweise einzig als „links“ gilt, so als hätte es nie auch libertäre Strömungen gegeben) ein wenig hintanstellen und dafür die demokratische Einflussnahme auf die Produktionsmittel durch die Beschäftigten mehr in den Vordergrund stellen. „Es gehört zu den zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, die gegenwärtige Produktionsweise und die Güter und Machtverteilung grundlegend zu überdenken. Das heisst, dass die Interessen der ArbeitnehmerInnen bei Unternehmensentscheiden angemessen zu berücksichtigen und ihre Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz auszubauen und gesetzlich zu verankern sind“. So die Grünen in ihrem Manifest (Grüne Schweiz 2002, 2).

In ihre Politik hat diese Forderung allerdings kaum Eingang gefunden. Erst wenn nicht bloss, wie das IGB-Generalsekretär Guy Rider als herausragendes Ziel formuliert, „die sozialen und beschäftigungsrelevanten Aspekte dieser enormen Herausforderung [der Energiewende] (...) im Mittelpunkt der globalen Anstrengungen stehen“ (Internationaler Gewerkschaftsbund 2007), sondern ebenso die Frage nach der Qualität der Arbeit und ihrer Produkte, kann die Kritik der Arbeitsideologie mit der Kritik der Wachstumsideologie zusammengedacht werden. Wird Arbeit als Ware behandelt, so ist es nur konsequent, den Sinn der Produkte dieser Arbeit darin zu sehen, dass sie Abfall werden, um neue Nachfrage zu schaffen.

Eine Versöhnung des Menschen mit der Welt der Arbeit hingegen, wie es Sennett mit durchaus wertkonservativem Anstrich in der Figur des Handwerkers skizziert, führt zu einem Raum der Eigenverantwortung und Kunstfertigkeit am Arbeitsplatz und damit auch zu einem anderen Verhältnis zu den Erzeugnissen und so zu qualitativ hochwertigeren und dauerhaften Produkten (Sennett 2008). Politisch wirksam gemacht werden kann

diese Vision der wertschaffenden, selbstbestimmten und nicht bloss im Dienste der Kapitalakkumulation verstandenen Produktion aber nur mit den Arbeitenden zusammen – und nicht gegen sie. Dies erfordert ebenso von den Grünen ein neues Verhältnis zu den Gewerkschaften, so wie auch diese selbst umdenken müssen (Gorz 1994).

Effizienz braucht keine grünen Fürsprecher, Suffizienz aber viele

Zur Erreichung der Ziele einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft werden traditionell drei Wege genannt: Effizienz, Suffizienz und Konsistenz. „Effizienz richtet sich auf die ergiebigere Nutzung von Materie und Energie, also auf Ressourcenproduktivität. Suffizienz richtet sich auf einen geringeren Verbrauch von Ressourcen durch eine Verringerung der Nachfrage nach Gütern. Konsistenz richtet sich auf naturverträgliche Technologien, die die Stoffe und die Leistungen der Ökosysteme nutzen ohne sie zu zerstören.“ (Linz 2004, 7) Weil sie im Denkgebäude der klassischen Ökonomie am einfachsten verankert werden kann, ist von diesen Wegen die Effizienzsteigerung die populärste. Am einprägsamsten wurde die Idee einer Effizienzrevolution mit doppeltem Wohlstand und halbem Naturverbrauch unter dem Titel „Faktor 4“ popularisiert (Weizsäcker / Lovins / Lovins 1997). Zumindest in der populären Adaptation dieses Konzepts werden mögliche Nebeneffekte einer einseitigen Effizienzfokussierung ausgeblendet, was zu kritisieren ist. „Weil der Kostenanteil der Ressourcen am Produkt geringer wird, führt oder verführt Öko-Effizienz ohne die Richtungskonstante Suffizienz zum Mehrverbrauch an Produkten und Dienstleistungen...“ (Linz 2004, 8)

Dagegen ist der Weg der Suffizienz mit einer grundsätzlicheren Fragestellung verbunden. Nicht mehr nur das Wie, sondern das Was und Wieviel der Produktion steht hier zur Debatte. Die Leitfragen sind: Was ist nötig – und was überflüssig? Worauf kann und worauf muss verzichtet werden? „Weil es dabei um Verhaltensänderungen geht und damit auch um eine veränderte Beziehung zu Gütern und Dienstleistungen, steht Öko-Suffizienz in einem engen Zusammenhang mit dem, was seit der Antike und bis heute als das rechte Mass, als gutes Leben, als Lebenskunst bedacht worden ist.“ (Linz 2004, 10). Öko-Suffizienz so verstanden muss als spezifisch grüner Beitrag zur „Energiewende“ in die Debatte eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welche Bedürfnisse gesellschaftlich befriedigt werden sollen, muss und darf weder vom Markt noch vom Staat diktiert werden. Mit dem gleichen schweissprühenden Enthusiasmus, mit dem Slavoj Žižek als Antwort auf die entpolitisierte Ökonomie die Repolitisierung der Ökonomie fordert – er schreibt in bewusster Abwandlung von Clintons Wahlkampfspruch „It’s the *political* economy, stupid“ (2001, 97) –, muss als Antwort auf die Wissenschaftsgläubigen, die an einer technokratischen Wissenschaft festhalten, eine Repolitisierung auch der Wissenschaften gefordert werden.

Das grüne Programm und sein politisches Potential

Es ist festzuhalten, dass wesentliche Aspekte meiner Ausführungen sich über Jahre hinweg immer wieder auch in der offiziellen Programmatik finden. So haben die Grünen konstatiert, dass „blinde Wachstums- und Profitgläubigkeit (...) in Kauf [nimmt], dass die Umwelt zerstört wird und die Armut zunimmt.“ (Zurkinden / Behrens / Bader 2007) Sie setzen sich „für eine Neuordnung der Weltwirtschaft“ (Grüne Schweiz 2003) ein. „Die Auseinandersetzung mit der Wachstumsideologie ist keineswegs beendet, wie manche meinen. Im Gegenteil: Es wird immer klarer, dass der Zustand der Erde und die Lebensqualität der Menschen sich nicht an der Güterproduktionsmenge messen lassen“ (Grüne Schweiz 2002, 2). „Die ökonomischen Lösungsmodelle, die heute in der Mode sind – der Neoliberalismus der ‚Deregulierung‘, der die Natur, die Menschen und deren Arbeit als reine Ware behandelt –, sind Ausdruck einer falschen und gefährlichen Orientierung. (...) Ökologisches Denken heisst, eine solche Politik zu bekämpfen – ebenso wie jede autoritäre, bürokratische oder bevormundende Politik“ (Grüne Schweiz 1995). „Ehrfurcht, Solidarität und Genügsamkeit sind die Voraussetzungen, ohne welche kein noch so anspruchsvolles Programm in die Tat umgesetzt werden kann“ (Grüne Schweiz 1991, 1).

In der konkreten Politik allerdings liegt dieses strategische Potential der Programmatik heute weitgehend brach. Stattdessen werden bei den Grünen die oft sehr technokratischen Argumentationen in der Energiepolitik begleitet von einer dezidierten, aber traditionell geprägten gewerkschaftslinken Politik des starken Interventionsstaates. Beide Positionen haben kein originär ökologisches Profil. Den Grünen muss es aber gelingen, aus dieser Sackgasse herauszukommen. Die notwendige „Energiewende“ ist kein technokratisches Projekt von Experten. Die Grünen müssen im Gegenteil darauf hinarbeiten, ihren Einsatz für eine „Energiewende“ als Katalysator für eine gleichzeitig sowohl ökologisch zukunftsfähigere als auch basis- und wirtschafts-demokratischere und gerechtere Gesellschaft zu nutzen. Der Abschied vom eindimensionalen Wachstumszwang und die Fokussierung auf tatsächlich menschlich bedeutsame Indikatoren des Wohlstands sind Voraussetzungen dafür, um innerhalb der nationalen Volkswirtschaften und auch in einer globalen Perspektive Ungleichheiten abzubauen zu können.

Es ist letztlich weder eine Frage der „Wissenschaft“ noch eine Frage des „Marktes“, sondern der Weg einer bewussten kollektiven und insofern politischen Entscheidung, der zu einer wirtschaftlichen Tätigkeit mit weit geringeren Energieintensität und Ressourcenverbrauch, aber gleichzeitig auch zu mehr Zeitautonomie führt. Ein Weg, der in sich auch durchaus das politische Potential birgt, mehr und nicht weniger persönliche Freiheit zu ermöglichen. Diese Energiewende wird nicht auf dem Reissbrett vorgezeichnet und dann von Technikern des sozialen Managements eingeleitet

und umgesetzt werden können. Sie wird sich nur durch die gemeinsame Praxis einer wachsenden Bewegung realisieren. Dabei bleibt offen: „Es wird auch in einem künftigen, gemeinsam gestalteten sozialen und ökonomischen System wohl Raum für den Markt haben. Die spannendere Frage allerdings ist: wird es auch Raum für den Kapitalismus haben?“ (Bello 2008)

Anmerkung

1 Und zwar so verstanden: „Entwicklung zukunftsfähig zu machen heißt, dass die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die Fähigkeit der zukünftigen Generation zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen zu können“ (Hauff 1987).

Literatur

- Bello, Walden, 2008: Will Capitalism Survive Climate Change?
Bodenmann, Peter, 1998: Linke Politik statt Neue Mitte. In: WOZ 19.11.1998, Zürich
Braunwalder, Armin / Piller, Bernhard / Behrens, Miriam, 2005: Grundlagenpapier zur Energiepolitik der Grünen Partei der Schweiz.
Engartner, T. / Kuring, D. / Teubl, T., (Hrsg.), 2006: Die Transformation des Politischen: Analysen, Deutungen und Perspektiven. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin
Forster, Fridolin, 1974: Wohlstand ohne Grenzen? Die volkswirtschaftlichen und geistigen Voraussetzungen des Umweltschutzes. Schaffhausen
Fromm, Erich, 2005: Haben oder Sein: Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft. München
Gorz, Andre, 1994: Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft. Berlin
Gorz, Andre, 1980: Ökologie und Freiheit. Beiträge zur Wachstumskrise. Reinbek
Gorz, Andre, 1977: Ökologie und Politik. Beiträge zur Wachstumskrise. Reinbek
Grüne Schweiz (Hrsg.), 1995: Eine andere Politik ist möglich - Mit den Grünen ins neue Jahrtausend: Wahlplattform der Grünen 1995. Bern
Grüne Schweiz (Hrsg.), 2002: Eine andere Welt ist möglich: Manifest der Grünen Schweiz. Bern
Grüne Schweiz (Hrsg.), 1991: Programmplattform. Verabschiedet an der Delegiertenversammlung vom 4. Mai 1991 in Lausanne. Bern
Grüne Schweiz (Hrsg.) 2003. Schwerpunkt-Themen für das Wahljahr 2003: Die Grünen - ökologisch konsequent, sozial engagiert, global solidarisch.
Hauff, Volker, (Hrsg.) 1987: Unsere gemeinsame Zukunft. Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven
Internationaler Gewerkschaftsbund, 2007: IGB-Vorstand beschließt ehrgeizige und umfassende Maßnahmen zum Klimawandel und nimmt neue Mitglieder aus 7 Ländern auf.
Latour, Bruno, 2001: Das Parlament der Dinge: Für eine politische Ökologie. Frankfurt/M.
Levitt, Steven D. / Dubner, Stephen J., 2006: Freakonomics [Revised and Expanded]: A Rogue Economist Explores the Hidden Side of Everything. Revised & Expand. New York
Linz, Manfred, 2004: Weder Mangel noch Übermaß : über Suffizienz und Suffizienzforschung. Wuppertal Papers.
Neef, Wolfgang, 2008: Umweltkrise als Technikchance? In: Freitag, 18.1.2008, Berlin
Rebeaud, Laurent, 1987: Die Grünen in der Schweiz. Bern
Sachs, Wolfgang / Santarius, Tilman, 2005: Fair Future: Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit: Ein Report. herausgegeben von Wuppertal Institut für Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. München

Sennett, Richard. 2008. Handwerk. Berlin

Traube, Klaus, 1985: Wachstum oder Askese. Kritik der Industrialisierung von Bedürfnissen.
Reinbek

Weizsäcker, Ernst Ulrich von / Lovins, Amory B. / Lovins, L. Hunter, 1997: Faktor vier:
Doppelter Wohlstand - halbiertes Verbrauch. Der neue Bericht an den Club of Rome.
München

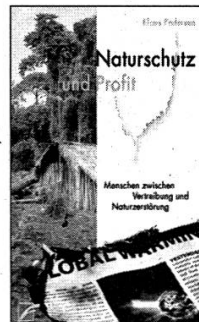
Zižek, Slavoj, 2001: Ein Plädoyer für die Intoleranz. Wien

Zurkinder, Hubert / Behrens, Mirjam / Bader, Gabriela, 2007: Wahlplattform 2007. Bern



Christian Jakob /
Friedrich Schorb
Soziale Säuberung
Wie New Orleans nach
der Flut seine
Unterschicht vertrieb

Erscheint im Juli 2008
ca. 264 S., ca. 16.80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-484-7



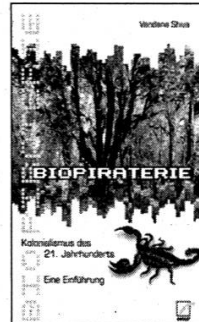
Klaus Pedersen
Naturschutz und Profit
Menschen zwischen
Vertreibung und
Naturzerstörung

140 Seiten, 13.80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-476-2



Critical Art Ensemble
Die molekulare Invasion
Strategien gegen die
Biotechnologie im
globalisierten
Kapitalismus

160 Seiten, 14 EUR [D]
ISBN 3-89771-445-0



Vandana Shiva
Biopiraterie
Kolonialismus des
21. Jahrhunderts
Eine Einführung

156 Seiten, 14 EUR [D]
ISBN-10: 3-89771-416-7

UNRAST Verlag

Postfach 8020 · 48043 Münster

Tel.: (0251) 666-293 Fax: -120

Besuchen Sie uns: www.unrast-verlag.de

